

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Menschenrechtskommission verurteilt zunehmende Gewalt und politisch motivierte Morde

Die *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) verurteilte die Ermordung des Anwaltes und HRCP-Aktivisten in der Provinz Khyber-Pakthunkhwa, Malik Jrar Advocate, im Februar 2013. Malik Jrar wurde auf dem Weg zur Schule seiner Kinder von bewaffneten Männern erschossen. HRCP beklagt den Verlust eines angesehenen Anwaltes und unermüdeten Menschenrechtsaktivisten durch einen gezielten Mord. Dabei macht HRCP die Regierung zum wiederholten Male für Versäumnisse bei der Gewährleistung der Sicherheit von Anwälten und Aktivisten verantwortlich. Zuvor machte HRCP in einer Presseerklärung vom 4. Januar auf die alarmierende Zunahme von Gewalttätigkeiten im Lande aufmerksam, wie die Tötung von sieben humanitären Helfern in Swabi (Khyber-Pakthunkhwa) oder die Ermordung von Polio-Impfteams in Karatschi und Peschawar.

Weitere Attentate gegen Schiiten

Am 16. Februar 2013 kamen mindestens 80 Schiiten der Volksgruppe der *Hazara* bei einem Selbstmordanschlag in Quetta ums Leben. Die Verantwortung für dieses Attentat übernahm die verbotene militante sunnitische Gruppe *Lashkar-e-Jhangvi*. Mehr als 200 Menschen wurden durch die Bombenexplosion verletzt. Erst im Januar 2013 waren bei einem Bombenattentat ebenfalls in Quetta mehr als 90 Menschen getötet worden, daraufhin wurde der Regierungschef der Provinz Belutschistan, Nawab Aslam Raisani, entlassen. Dieses Attentat setzt eine Kette von Angriffen auf Schiiten und insbesondere die *Hazara* fort, bei denen laut *New York Times* im Jahr 2012 mindestens 375 Schiiten – oftmals gezielt offen am Tage – getötet wurden. Diese Opferzahlen sind die höchsten seit den 1990er Jahren. Vertreter der *Hazara* sowie die *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) werfen der Regierung und den Sicherheitskräften Tatenlosigkeit bzw. offene Tolerierung dieser kommunalistischen Gewaltexzesse vor. So seien nach den wiederholten Attentaten die Täter nicht überführt und verurteilt worden und keine Vorkehrungen zum Schutz der betroffenen Bevölkerungsgruppen getroffen worden. Auch seien die Stützpunkte der *Lashkar-e-Jhangvi* in der Nähe von Quetta laut Augenzeugen relativ leicht erreichbar, jedoch werde nichts gegen sie unternom-

men. In diese Kritik an der Tatenlosigkeit der Sicherheitskräfte und dem anhaltenden Chaos stimmte auch der im Januar 2013 benannte Gouverneur Belutschistans, Nawab Zulfikar Magsi, ein. Die *Hazara* bilden die drittgrößte Bevölkerungsgruppe in Afghanistan und sprechen größtenteils einen Dialekt des Persischen. Die Briten engagierten sie als Arbeiter in Minen sowie im Straßenbau und siedelten sie im Nordwesten des heutigen Pakistans an. Angehörige der *Hazara* – in Pakistan heute etwa 650.000 – werden oftmals gezielt als Schiiten und aufgrund ihrer zentralasiatischen Abstammung angegriffen und als „Ungläubige“ ermordet. Auf Mauern tauchen unter anderem gegen die sie gerichtete Slogans auf: „die Gesichter sind die Ziele“. So werden die Angriffe auf die *Hazara* in Internetforen auch als ethnische Säuberung und Genozid bezeichnet, welche aber von der Weltöffentlichkeit ignoriert würden. Aus Protest verweigerten *Hazara*-Familien im Januar das traditionell innerhalb von 24 Stunden notwendige Begräbnis ihrer Attentatsopfer und blockierten stattdessen eine Hauptstraße in Quetta mit den Leichen.

Malala für Friedensnobelpreis nominiert

Die 15-jährige Malala Yousufzai, welche Anfang Oktober 2012 von Taliban gezielt angeschossen und schwer verletzt wurde, wird mittlerweile in einer Spezialklinik in Birmingham behandelt. Dort sei auch eine plastische Rekonstruktion ihrer Schädelverletzungen geplant. Bald nach Ihrer Ankunft konnte auch ihre Familie nach Großbritannien reisen, nachdem ihr Vater, ein früherer Leiter einer Mädchenschule im Swat-Tal, als Bildungsattaché an das pakistanische Konsulat der Stadt berufen wurde. Schon 2011 hatte Malala den Friedenspreis der pakistanischen Regierung als Anerkennung ihres Eintretens für die Mädchen-Schulbildung erhalten. Dies sowie ihre Internetblogs auf der BBC-Website ab 2008 gegen die Gewalt der Taliban im Swat-Tal, machten sie zum Ziel des gezielten Attentats der Taliban. Nachdem sie vom *Time Magazin* – nach Barack Obama – zur zweitwichtigsten Person des Jahres 2012 gekürt worden war, wurde am 2. Februar 2013 ihre Nominierung für den Friedensnobelpreis von Parlamentarier-Gruppen verschiedener Staaten eingereicht. Dafür hatte neben vielen Prominenten auch der Sonderbeauftragte für globale Bildung der Vereinten Nationen, der ehemalige britische Premier Gordon Brown, in ihrem

Namen eine Petition gestartet. Die Nominierung für den Friedensnobelpreis ist auf bestimmte Gruppen beschränkt, wie etwa Parlamentarier oder ehemalige Preisträger. Der Altersdurchschnitt der bisherigen 93 individuellen Preisträger – darunter nur 15 Frauen – liegt bei 63 Jahren.

Premierminister Ashraf unter Korruptionsverdacht

Gegen den derzeitigen Premierminister und früheren Energieminister Raja Pervez Ashraf – sowie gegen weitere Politiker – wurden im Januar 2013 auf Beschluss des Obersten Gerichts Ermittlungen durch die Anti-Korruptionsbehörde NAB (*National Accountability Bureau*) aufgenommen und eine Verhaftung veranlasst. Ashraf wird zwischen 2008 und 2011 die Annahme von mehreren Millionen US-Dollar an Schmiergeld für die Vergabe von letztlich nie ausgeführten Energieprojekten vorgeworfen. Nach dem mutmaßlichen Selbstmord eines NAB-Fahnders wurden die Untersuchungen bis auf weiteres ausgesetzt. Im Machtkampf zwischen Regierung und Justiz war schon Ashrafs Vorgänger Yousaf Raza Gilani im April 2012 wegen Missachtung der Justiz verurteilt worden, weil er sich geweigert hatte, ein Korruptionsverfahren gegen Präsident Zardari einzuleiten. Er musste daraufhin zurücktreten. Auf ihn sollte Makhdoom Shahabuddin folgen, gegen den jedoch ein Haftbefehl wegen eines Drogenskandals erlassen wurde, woraufhin Ashraf nominiert wurde.

PPP-Regierung Drahtzieher des „Marschs der Millionen“?

Der vom ehemaligen Jura-Professor und Sufi-Prediger Muhammad Tahir-ul-Qadri angeführte publikumswirksame „Marsch der Millionen“ – mit effektiv mehreren zehntausend Menschen – von Lahore nach Islamabad kam Mitte Januar zu einem zunächst überraschenden Verhandlungsende. Zuvor hatte Tahir-ul-Qadri die Regierung ultimativ zu sofortigen Neuwahlen, einer Wahlreform und Korruptionsbekämpfung aufgerufen. Nach mehrstündigen Verhandlungen mit Regierungs- und Oppositionsvertretern in Islamabad wurde letztlich die Parlamentsauflösung bis zum 16. März als einvernehmliches Verhandlungsergebnis bekanntgegeben. Nach vier Tagen Ausnahmezustand ist nun wieder viel Raum für Spekulationen. Genau diese überraschende Harmonie bietet Anlass zur Vermutung, dass die „Revolution, die nie passierte“ – so die Tageszeitung *Dawn* – von der derzeitigen Regierungspartei PPP (*Pakistan Peoples Party*)

initiiert und aus Armeequellen finanziert gewesen sein könnte. Schließlich läuft die aktuelle Legislaturperiode planmäßig im Mai 2013 aus, so dass auch ohne die Proteste Neuwahlen und eine neutrale Übergangsregierung erforderlich gewesen wären. Zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans könnte eine demokratisch-gewählte Regierung von einer ebensolchen abgelöst werden. Tahir-ul-Qadri hatte sich bei seinen Protesten wiederholt für die Beteiligung der Armee an diesem Prozess ausgesprochen, wobei eine Gesetzesnovelle von 2012 genau dies nicht mehr vorsieht. Auch die rasche politische Karriere Tahir-ul-Qadris, der erst im Dezember 2012 aus Kanada in sein Heimatland zurückgekehrt war, ist nach Beobachtereinschätzung nur per Duldung der Armee denkbar. Die Aussetzung der Untersuchungen gegen Premier Ashraf (s.o.) gilt als weiteres Indiz für die Drahtzieher-Rolle der Regierungspartei PPP, da die Einigung eine separate Anti-Korruptionskampagne vorsieht. Als politischer Verlierer der Einigung zwischen Protestlern und Regierung gilt die Muslimliga (PML-N) unter Ex-Premier Nawaz Sharif.

Grenzzwischenfälle in Kaschmir

Anfang Januar kamen bei wiederholten Schusswechseln entlang der Kontrolllinie im geteilten Kaschmir auf beiden Seiten Soldaten der Grenztruppen zu Tode. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig der Grenzprovokation mit anschließenden Gegenangriffen. Spätere Stellungnahmen des indischen Außenministers Salman Khurshid sowie seiner pakistanischen Amtskollegin Hina Rabbani Khar sprachen sich jedoch für eine Deeskalation aus. Erst im Februar 2012 waren die bilateralen Verhandlungen im Rahmen des Friedensprozesses wieder aufgenommen worden, nachdem diese 2008 nach dem Attentat von Mumbai durch die indische Regierung abgebrochen worden waren. Zuletzt wurden im Dezember 2012 Visae erleichterungen für die Bürger beider Nachbarstaaten vereinbart.

Freilassung von Taliban

Die pakistanischen Behörden haben im November und Dezember 2012 etwa 20 afghanische Taliban freigelassen und damit Hoffnungen genährt, Pakistan könnte sich aktiver in den Friedensprozess einschalten. Bislang hatte Pakistan häufig die Taliban-Karte gespielt, um seine eigene Machtposition zu stärken und angeblich diejenigen Taliban inhaftiert, die den Dialog suchten. Die Freilassungen waren daher eine wichtige Forderung der afghanischen Regierung in Hinblick auf die Zulassung der Taliban zu den Wahlen 2014.